

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Verleumdung enthalten den Verlag von der Haftung für Veröberung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Abgabegebühr: Für die Jahrgangsspende: 10 Mark. Einzelhefte: 1 Mark. Anzeigen: 10 Mark. Abnahme durch den Verlag: 5 Mark. Druck: 10 Mark. Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 50

Halle, 15. Dezember 1928

4. Jahrgang

Auf der Suche nach Formeln

Die Außenpolitik hat sich gründlich festgesetzt. Eine Ueberprüfung bietet das nicht. Seit England und Frankreich das geheime Marineabkommen vereinbarten, von dem nur dieser eine Teil, der sich auf die Seerüstung bezieht, bekannt geworden ist, hat die europäische Lage eine gründliche Verfestigung erfahren. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung in England und dem lebhaften Widerspruch Amerikas und Italiens, ist das Abkommen selbst gefallen. Die Versprechungen aber, die damit verbunden waren, sind offenbar geblieben. Die Behauptungen Pariser Blätter über weitgehende Unterfertigung der französischen Auffassung in den gerade Deutschland beschäftigenden Fragen ist bisher von London aus nicht bestritten worden. Im Gegenteil, die Erklärung Chamberlains im Unterhaus und die nachfolgenden durch Unterstaatssekretär Foster Klampson und Lord Halifax haben den Eindruck nur verstärkt an können, daß Großbritannien vollkommen in das französische Fahrwasser geraten ist. Inner diesen Umständen bestand von vornherein wenig Hoffnung, daß Lugano ein Ergebnis zeitigen wird. Die ersten Verhandlungen über die Unterhaltungen der Staatsmänner sind jedenfalls nicht dazu angehen, unsere Besorgnisse zu zerstreuen. Trotzdem wird man zugeben müssen, daß es durchaus richtig war, wenn Stresemann diese Begegnung mit den Kollegen suchte. Einmal ist jede persönliche Mißverständnisse gestiegen, wenigstens die Atmosphäre zu verbessern, soeben erhebt es unter den gegenwärtigen Umständen immerhin nicht als eine Artung herbeizuhören.

Die Räumungsfrage

Wir sind über die Unterhaltungen in Lugano binäre ausschließlich auf die ausländische Presse angewiesen, da von deutscher Seite das vereinbarte Stillschweigen weitlich eingehalten wird. Wahrheitsgemäß hat sich auch Wandel an diese Verpflichtung gehalten. Das hindert aber nicht, daß die Pariser Presse und sogar die Dadas-Agentur, deren halbhoftischer Charakter bekannt ist, allerlei Nachrichten verbreiten. Stresemann hat sie in Lugano als Phantasiegebilde bezeichnet. Das mag zutreffen. Man braucht nichts für bare Münze zu nehmen. Wenigstens oder stimmt, daß hier eine ganz bewußte Propaganda vorliegt, deren Ziele nicht zweifelhaft sein können. Man will Entimmung gegen Deutschland schaffen, was auch dann unserer Untätigkeit belienf geht. Die Technik der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland haben wir noch immer nicht gelernt, und wandern uns dann, wenn die Folgen für uns so unerfreulich werden. Wenn anders all das von der Räumungsfrage. Nach den Erklärungen in den beiden englischen Parlamenten, die jetzt völlig auf die französische Ebene eingeleitet sind, ist die Frage uns ausschließlich als eine Frage des Willens betrachtet worden. Es hat gar keinen Zweck darüber hinaus zu prüfen. Gehört das Einverständnis Chamberlains dazu, so ist die Sache erledigt. Eine Erklärung ist aber bestimmt nicht erfolgt worden, sonst hätten die Communiqués einen anderen Verlauf genommen. Wir sind also dort wieder angelangt, wo wir vor der letzten Weltversammlungsversammlung in Genf standen. Der italienische Krieg Herrmann Killers, der den Zusammenhang zwischen Räumung und Reparation darstellt, ist bestritten. Ganz gleich wie sich die weitere Entwicklung vollzieht, haben wir damit zu rechnen, daß zumindestens praktisch die Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes vorangehen, und daß von ihrem Erfolge Fortschritte in der Rheinlandfrage abhängen. Man muß natürlich zugeben, daß Deutschland nichts dagegen unternehmen konnte, soweit es sich um die diplomatische Regelung handelt. Aber der Kampf gegen die bewußt falsche Auslegung des Artikels 431 hätte mit ganz anderer Energie geführt werden müssen, schon um bei einem Scheitern der Verhandlungen die Schuld den beiden Weltmächten anzuhängen, die sich rüchziglos über ihre eigenen Verpflichtungen hinwegsetzen.

Artikel 431

Wir haben an dieser Stelle vor einer Woche den Sinn des Artikels behandelt, der vollkommen in der Luft schweben würde, wenn die von Chamberlain beliebige Ausdeutung richtig wäre. Er gibt Deutschland ein moralisches Recht auf die vorzeitige Befreiung seiner Gebiete. London und Paris bestreiten das, ohne uns folgen zu können, worin dann die Urheber des Versailleser Vertrages sich überhaupt hineinmischen. Wenn Lugano so abschließt, wie wir es erwarten müssen, sollte man in Deutschland einmal den Mut aufbringen, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes anzunehmen, das ja gerade für solche Fragen zuständig ist. Dann würde sich sehr schnell zeigen, ob neutrale Zwischen die Erklärungen des britischen Außenministers gutheißen können. Selbst wenn das der Fall sein sollte, was wir nicht glauben, wäre unsere Lage auch nicht verschlechtert. Bejahen sie aber den deutschen Standpunkt, so

wäre damit eine Waffe geschmiedet, die man schon benutzen könnte. Auf keinen Fall aber soll man in die Sachverständigenkonferenz hineingehen ohne bindende Zusicherungen über die Räumung zu erlangen, lieber ein deutsches Nein. Wir sind uns der Folgen sehr wohl bewußt, befristet aber, das auch so eine Revision des Dawesplanes, wie sie im besten Falle zu erlangen ist, den deutschen Wünschen in keiner Hinsicht genügt. Darauf müssen wir uns gefaßt machen.

Die Reparationen

Nach gehen die Verhandlungen zwischen dem deutschen Volschatter von Hees und Herrn Bonnard hin und her. Eine Einigung ist bis zur Stunde nicht erzielt worden. Das von der deutschen Botschaft ausgehende Communiqué läßt keine anderen Rückschlüsse zu. Deshalb müssen wir auch Mitteilungen des Temps über eine Verständigung mit einer ganzen Reihe von Fragezeichen versehen. Dieses Blatt zählt nicht weniger als acht Punkte auf, von denen allerdings einige ohne weiteres als richtig angesehen werden dürfen. So die Ernennung unabhängiger Sachverständiger und zwar von je zwei für ein Land, ferner das Recht der Regierungen in voller Freiheit über die Gutachten der Sachverständigen zu entscheiden, die Einberufung des Ausschusses nach Paris und anderes mehr. Was uns jedoch sehr unangenehm dünkt, ist die Einberufung der Vereinigten Staaten durch die Repro. Dagegen hatte man sich in Berlin bisher immer getraut. Wir nehmen auch bis zum Besende des Gegenstands an, daß Deutschland darauf besteht, die Einladung mitzunterzeichnen. Sonst wäre eine Verständigung ein, bei sich sehr leicht zu untern Angenheiten auswirkt. Ganz unangenehm aber ist die vom Temps behauptete Forderung des Arbeitsprogramms. Demnach sollen die Sachverständigen die Zahl der Münzarten bestimmen und einen Modus für die Kapitalisierung der deutschen Schuld finden. Von einer Herabsetzung der Jahresleistung selbst ist hier mehrwörtlich überhaupt nicht die Rede. Wäre die Mitteilung richtig, so wäre man besser, die Konferenz überhaupt nicht zu befragen, denn dann können wir gar nicht mehr hoffen, eine wirkliche Entlastung unseres Etats zu erreichen, die doch Ausgangspunkt der ganzen Erörterungen wäre.

Italien und Deutschland

Der italienische Unterstaatssekretär Grandi, der wiederholt als Vertrauensmann Mussolinis auf internationalen Konferenzen erschienen ist, hat auch in Lugano ein Wort zu sagen. Manderelli ist dabei zweifelslos beprochen worden. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß seine Unterredung mit Chamberlain Mittelmeerfragen galt, die für den europäischen Frieden immer etwas Kritisches an sich haben. Der Gegenstand zwischen den beiden lateinischen Seemächten wirkt sich dort am ungehindertsten aus. Darneben erfordert seine Begegnung mit Stresemann sehr ernste Beachtung. Wenn man dem Berliner Vokal-Anzeiger glauben darf, der allerdings eine eigene Politik treibt im Sinne des Herrn Jugenberg, hat sich Grandi dabei um eine deutsch-italienische Annäherung bemüht. Ganz von der Hand weisen läßt sich das nicht. Man könnte sogar sagen, es liegt in der Luft. Die englisch-französischen Absprachen richten sich ja gegen beide Länder in gleichem Maße. Auch sind sie in vieler Hinsicht auf demselben Wege. Politisch und negativ. Es wäre daher schon denkbar, daß Italien uns volle Unterstützung in den Reparationsfragen angeboten haben soll, wenn wir zum Austausch dafür im Völkerverband mit ihm eine Übereinstimmung erzielen. Nur sind wir nicht unbefragt, weil wir die Tätigkeit Mussolinis niemals voll einschätzen können. Eine gewisse Voracht ist aber geboten. Das hindert aber nicht, die italienische Trampffahrt in der Hinterhand zu behalten genau wie die Russen. Entscheidend wird uns aber wohl angeht der ganzen Lage unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten bleiben. Berücksichtigt man diese Möglichkeiten, dann wird man vielleicht einem Mißverstehe in Lugano oder auf der Sachverständigenkonferenz in Paris etwas gelassener gegenübersehen.

Die Krise im Zentrum

Der Vorgang auf dem jüngsten Parteitag des Zentrums ist ohne Beispiel in der Geschichte dieser Partei, die bisher allen Ansehungen gegenüber am widerstandsfähigsten gewesen ist. Der Zentrumsturm hat zwar öfter Krise gezeigt, aber immer haben sich zur rechten Zeit Baummeister gefunden, die den nötigen Wirtel mitbrachten. Diesmal ist er schwer erschüttert worden. Und, was das Auffälligste ist, man hat nicht einmal versucht, diesen gefährlichen Zustand zu beheben. Gewiß hat man sich wieder auf die katolische Weltanschauung zurückgegriffen und deshalb in dem Prälaten Kaas aus Trier den Vorstehenden gewählt.

Das ist deutsch. Nur darf man sich nicht darüber täuschen, daß es sich hier um eine verpöbelte Anstrengung handelt, der inneren Schwermütigkeit Herr zu werden. Die Ausrichtungen dafür sind nicht einmal groß. Die Gewerkschaften haben eine schwere Niederlage erlitten. Ihr früherer Sieger muß unterlag gegen eine übermächtige Mehrheit. Zum Teil durch eigene Schuld. Leicht zu behandeln ist er nicht, denn er bringt einen unerbittlichen Maschinen mit. Das hat ihm geschadet. Die Treuhand hat ihn wegen seiner Forderung, Partei und Fraktion zugleich in die Hand zu bekommen, schon angegriffen. Seine Antwort ist ungenügend groß. Voraussichtlich wird das Zentrum an ihr noch sehr zu würgen haben. Auch daß er von einem Uebertrag der Parteien zu lassen spricht, gibt zu denken. Den zweiten Fehler beging Joss, dessen Vorschläge an die Spitze zu gelangen, was waren, bis er mit dem unumgänglichen Vorschlag kam, ein Direktorium einzusetzen. Nun fiel auch er. Sonst hat Köln nichts gebracht. Die inneren Wirren veränderten, daß man sich überhaupt über Politik aussprach. Wahrscheinlich beginnt erst der Kampf. In parlamentarischen Kreisen glaubt man bereits eine starke Annäherung zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Sozialdemokraten feststellen zu können. Hier verbergen sich nicht nur Gefahren für das Zentrum, sondern für die deutsche Politik überhaupt. Eine Trennung der Nation in eine Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpartei mühte verhängnisvoll werden, da es heute keine widerstandsfähige Mitte mehr gibt. Dieses Problem wird uns voraussichtlich noch lange beschäftigen.

Jugbergs Sieg

Man muß es dem Geheimen Finanzrat lassen. Er hat auf dem deutsch-nationalen Parteitag ganze Arbeit getan. Zwar sind die gemäßigten Elemente im Vorstand gefehlt, aber was neu hinzugeführt wurde, setzt sich ausschließlich aus Anhängern Jugbergs zusammen. Bang, Luack, Graf Wehr und Freitag-Vorhieser gehören zu den radikalsten Mitgliedern der Partei. Jugenberg ist heute seines Vorstands sicher. Auch die Satzungsänderungen bedeuten eine Stärkung seiner Herrschaft. Er kann jetzt nahezu unumgänglich regieren. Da der linke Flügel das auf die Dauer nicht schweigend hinnehmen wird, bleibt abzuwarten. Das Organ des jugbergschen Ordens glaubt, nähere Angaben über die Opposition machen zu können, die unter Führung Schieles und Herzigs stehen sollen. Ist das richtig, was wir weder behaupten, noch verneinen können, so rückt damit die Gefahr einer Spaltung näher, denn Schiele hat immerhin große Teile des Landvolkes hinter sich. Das ist freilich nicht so zu verstehen, daß dieser Prozeß nun schon in den nächsten Wochen vor sich gehen würde. Solange die Deutsch-nationalen ihre Segel in der Opposition schwellen lassen können, sind sie nicht bedroht. Wenn aber nach einem Scheitern der Großen Koalition ein Widerruf erfolgen würde, die Verantwortung wieder mit zu übernehmen, so würde die Parteilichkeit darüber voraussichtlich zerbrechen.

Die Große Koalition

Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sind in das neue Jahr verschoben worden. Es rückt sich jetzt, daß man den Versuch nicht vor dem Zusammenritt des Reichstages übernommen hat. Der Januar dürfte freilich werden. So drängen wir die Große Koalition wünschigen, so wenig verhehlen wir uns die Schwierigkeiten, die ihr im Wege stehen. Die Meinungsverschiedenheiten sind außerordentlich groß, dazu kommen die Schwierigkeiten innerhalb der Parteien. Man soll jedenfalls schon jetzt alle Möglichkeiten ins Auge fassen.

Richard May.

„Verreichlichung“

Unter diesem Titel bringt der „Prantische Kurier“ in seinem Unterhaltungsblatt ein Gedicht, das an Geldmacherei und Niedrigkeit der Geminnung seinesgleichen sucht. Der erste Vers lautet:

„Sie wenden jedes Mittel an,
Sei es auch noch so schmierig,
Die Tüchtigen der freien Bahn
Machtstücken, herrschbegierig.
Daß Deutschland unter Commissten
Als Vasall der Welt
Deswegen trüben sie noch gern
Das letzte Bollwerk: Bayern!“

In dieser gemühtlichen und geistlosen Tonart geht es weiter. Von „neudeutscher Niederracht“, von „Gang Deutschland voll im Schlafdruck verkommen und verinken“ und von „beschnittene Händen“ wird gebildet, daß das Grauen über einen kommt.

Steuerfreiheit gemeinnütziger Unternehmen

Teuere öffentliche Elektrizitätswirtschaft

Die Erziehung des neuen Regimes, daß bei ungeheurer Steuerdruck die Wirtschaft Steuerfreiheit genöß, wiederholt sich heutzutage, indem bei ungeheurer Steuerdruck die Wirtschaft der sogenannten gemeinnützigen Unternehmen von den wichtigsten Steuern befreit ist. Das belästigende Rechtsempfinden, das eben in bürgerlichen Kreisen der revolutionären Stimmung Nahrung gab, äußert sich heute unter der Herrschaft des parlamentarischen Systems in anderen Formen. Wie diese aber auch sein mögen, sie sind auf jeden Fall geeignet, das Vertrauen zum Staat und damit wesentliche Elemente des Staatsgedankens zu erschüttern. Die Klagen gewerblicher Kreise über die Konkurrenz, die durch Steuerprivilegien überlegenen öffentlichen Hand sind zu lange als unerheblich behandelt worden. Und doch sollte man in einer Zeit, in der die Notwendigkeit der Steuerentlastung im Interesse einer unter dem Zeichen des Exportzwanges lebenden Wirtschaft klar auf der Hand liegt, sich sehr ernstlich überlegen, ob es wirtschaftlich und moralisch tragbar ist, Steuerprivilegien in größerem Umfang zu dulden. Die Bestärker der Befreiung der öffentlichen Hand waren bislang in der glücklichen Lage, ihre Positionen unter Ausnutzung der Unkenntnis des Publikums verteidigen zu können, es war niemals möglich, klare Aufschlüsse über die Betriebsverhältnisse der öffentlichen Hand im einzelnen zu erhalten. Derartige Material wird auch heute noch wohlweislich zurückgehalten und wenn schließlich Berichte herausgegeben hat, so ist auch hier alles anständig vermischt, was dem kritischen Beobachter Material bieten könnte. Auf die Dauer lassen sich selbstverständlich die Dinge nicht verfeinern, und es ist im Interesse der sachlichen Behandlung wirtschaftspolitischen Streitfragen sehr zu begrüßen, daß jetzt von privater Seite eine Untersuchung der Befreiung der öffentlichen Hand auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft vorliegt, die mit ausgezeichneter Sachkenntnis an Hand von Vergleichen öffentlicher und privater Werke zeigt, wie wenig im Grunde die öffentlichen Hand zu Lieben vermöge, wenn sie nicht steuerliche Privilegien für sich in Anspruch nehmen würde. Die Tatsache, daß diese Unternehmen alle notwendigen Kapitalinvestitionen oder doch wenigstens Steuermittel heranzubringen, wenn die Kasse des auf dem Anleihewege bezogenen Kapitals ausbleibt, verhärtet noch das Moment der privilegierten Lieberlegenheit.

Es wird in der Schrift des Diplomingenieurs Hans Ludwig nachgewiesen, daß insbesondere die Befreiung von der Vermögens- und Körperschaftsteuer als entscheidender Faktor der Verbotung in Frage kommt. Die Stromlieferungsbetriebe bedürfen eines im Verhältnis zum Anlagevermögen außerordentlich hohen Anlagekapitals. Sie legen im Gegensatz zu anderen Industriezweigen nur durchschnittlich 23 Prozent ihres Anlagekapitals um, was eine rund 4fache Befreiung des Umlages durch die Vermögens- und Körperschaftsteuer zur Folge hat. Die Elektrizitätsversorgung ist also ohnehin durch dieses Kapitalverhältnis gegenüber anderen Produktionen in gewissem Sinne benachteiligt, so daß die Ungerechtigkeit der Befreiung der öffentlichen Betriebe von den genannten Steuern noch mehr ins Gewicht fällt. Ludwig zeigt, daß zur Deckung der Steuerlasten durchschnittlich 14 Prozent der gesamten Betriebsausgaben privater Werke aus der reinen Stromlieferung in Anspruch genommen werden, so daß also auf dem Verkaufserlös je kWh-Stunde ein Unkostenanteil für Steuern in Höhe von 14 Prozent liegt. Kombiniert man diese Zahlen mit der Statistik der Stromverbraucher, so ergibt sich, daß die rund 26 Millionen Einwohner der Reichsrepublik insgesamt rund 307 Millionen kWh. zu zahlen haben und daß hierin eine Gesamtsteuerumlage von rund 43 Millionen kWh. rekt. Die öffentlichen Elektrizitätswerke müßten demnach in der Lage sein, den Strom um etwa 12 Prozent billiger zu liefern und die 33 Millionen kommunalverwalteten Stromverbraucher könnten insgesamt 44 Millionen kWh. ersparen. Die

Schrift schätzt das Gesamtsteueraufkommen, das bei einer vollen Befreiung der Elektrizitätswerte der öffentlichen Hand erzielt werden könnte, auf über 100 Millionen kWh., da die hier genannten Siffern kWh. nur auf die Kleinverbraucher beziehen, die etwa 69 Prozent der gesamten Stromabgabe übernehmen. Angefichts dieser Informationen ist es nun außerordentlich überraschend, daß der Verfasser nachweisen kann, daß die öffentliche Hand durchschnittlich höhere Strompreise fordert als die Privatwirtschaft. So gesehen bedeutet die steuerliche Bevorzugung der öffentlichen Elektrizitätswerte nicht nur eine gänzlich ungeschickliche Benachteiligung der Verbraucher in der privaten Sphäre erzeugten Stromes, die eben gezwungen sind, 14 Prozent

Steuern zu zahlen, von denen die Verbraucher des in öffentlichen Werken erzeugten Stromes befreit sind, sondern auch wirtschaftlich eine dauernde Gefahr unvorteilhafter Verwendung des ohnehin knappen Kapitals. Ganz abgesehen davon, entfiel natürlich auch eine direkte Benachteiligung des Reichsstaats, dem namhafte Steuerbeiträge entzogen werden, und damit indirekt wieder eine Benachteiligung der Allgemeinheit der Steuerzahler, die diesen Ausfall zu decken haben.

Die Unterlegung der Preisgestaltung der elektrischen Arbeit als Maßstab für die Beurteilung der Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Unternehmensform verdient also von den Politikern, die über diese Fragen zu entscheiden haben, mit größter Aufmerksamkeit gelesen zu werden. Denn diese liegt einmal ein ergrühter Hinweis für die von jeder in den Kreis der Wirtschaft vertretene Auffassung vor, daß die öffentliche Hand weder auf wirtschaftlichem Gebiet noch etwa unter ihrer wirtschaftlichen Befreiung hinauszuweisenden sozialen Gesichtspunkten Leistungen aufweisen kann, die sie als Trägerin der Elektrizitätswirtschaft geeignet erweisen lassen.

Die Kosten der öffentlichen Verwaltung

Billige und teure Länder

Nach der Veröffentlichung der wirtschaftlichen Spitzenverbände über die deutsche Verwaltungs- und Befassungsreform stellt sich der gesamte öffentliche Aufwand im Jahre 1927 auf 18,1 Milliarden Mark gegen 14,5 Milliarden im Jahre 1925 und 7,3 Milliarden im Jahre 1913. Zur Entwidung des Volkseinkommens in der gleichen Periode in Beziehung gesetzt, ergibt sich pro Kopf der Bevölkerung ein Steuerbedarf von 8,1 Prozent des Volkseinkommens im Jahre 1913, von 22,04 Prozent im Jahre 1925 und von 21,24 Prozent im Jahre 1927. Die in den Jahren 1925 bis 1927 eingetretene Entlastung erscheint sehr gering, wenn man berücksichtigt, daß in dieser Periode sich das Volkseinkommen pro Kopf von 796,10 Mark auf 961,37 Mark erhöht hat. Von dem Gesamtaufwand der öffentlichen Körperschaften in Höhe von 18,1 Milliarden Mark entfielen 1927 rund sieben Milliarden an Kriegs-, Heeres-, Versorgungs- und Wohlfahrtskosten, Ausgaben, die im wesentlichen unangenehmster Natur sind, und teilweise mit fortwährender Plandienung der inneren Kriegsfolgen sich von selbst verringern werden (Versorgungslasten, Wohnungslieferungen). Im Laufe der Jahre 1925 bis 1927 stiegen die Versorgungslasten eine Verminderung von 1,42 Milliarden Mark auf 1,35 Milliarden Mark. Gleichzeitig wuchsen allerdings die äußeren Kriegslasten (Reichs-Fausthalt plus Beförderungskosten) von 291,6 Millionen Mark auf 898,7 Millionen Mark; mit 1,54 Milliarden Mark. erreichen sie 1929 ihre jährliche Höchststufe. Das starke Anwachsen des öffentlichen Finanzbedarfes ist in zweiter Linie Ausdruck einer Versteuerung der öffentlichen Verwaltung durch eine übergroße Zahl von Einzelbehörden. Man denke nur an die Verflechtung der Staatsgewalt in Reichs-, Landes- und Kreisverwaltung sowie in weitere 17 Landesparlamente. Doppelarbeit in erheblichem Umfang wird durch konkurrierende Betätigung von Reichs- und Landesbehörden geleistet. Zwergländer, deren Flächenraum kaum die Größe eines preussischen Landkreises erreicht, erfordern einen Verwaltungsapparat, der in keinem Verhältnis steht zur Verwaltungsgröße der betreffenden Gebiete noch zum Umfang der zu erledigenden Aufgaben. Die Kosten für die obersten Staatsorgane und die allgemeine innere Verwaltung erhöht sich im Reich auf 127,5 Millionen Mark im Jahre 1927 gegen 32,8 Millionen Mark 1913, bei den Ländern auf 259,9 Millionen Mark gegen 158,4 Millionen Mark.

Die Tatsache, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf, wurde anlässlich der Länderkonferenzen ausdrücklich von der Reichsregierung wie den Landesvertretungen anerkannt. Die Unterlegung zur Verwaltungsreform bringt durch einen Vergleich der Staatsausgaben in den einzelnen Ländern mit der Bevölkerungsgroße interessante Aufschlüsse über die innerhalb des Reichsgebietes bestehenden großen Vermögensunterschiede. Im Durchschnitt sämtlicher Länder (ohne Ansehliche) beträgt der Staatsaufwand pro Kopf der Bevölkerung 63,41 Mark. Wesentlich unter diesem Durchschnitt liegt die Einwohnerzahl für Preußen mit 52,76 Mark, obwohl das preussische Reichsterritorium Wirtschaftsbetriebe der verschiedensten Struktur umfaßt, und infolgedessen höhere Verwaltungskosten bedingt als ein Land von weniger differenziertem wirtschaftlichen Charakter. Mehr als alle Länder höher als in Preußen ist der Staatsaufwand in Bayern mit 84,24 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Mit dem bayerischen auf fast gleicher Höhe bewegt sich der Staatsaufwand in Baden, Thüringen und Hessen, während Sachsen mit 77,13 Mark etwas billiger arbeitet. 24 kleineren Länder sind Mecklenburg-Schwerin mit 104,26 Mark, und Mecklenburg-Strelitz mit 112,64 Mark. Die größte Sparmaßnahme der Verwaltung in Ländern mit höherer Einwohnerzahl liegt sich darin, daß die Staatsverwaltung Hessens bei der Hälfte der Einwohnerzahl Württembergs mit 86,72 Mark pro Einwohner um 23 Mark pro Kopf der Bevölkerung teurer arbeitet. Württemberg wiederum arbeitet bei einer Einwohnerzahl von 1/15 der Preußens um 11 Mark teurer pro Einwohner als die preussische Staatsverwaltung. Interessant ist der Vergleich des Anteils der einzelnen Länder am gesamten Staatsaufwand mit ihrem Anteil am Gesamtbevölkerung. Wenn man die Einkünfte der Länder, soweit sie auf der Reichseinkommensteuer (einschließlich Körperschaftsteuer) beruhen, mit 100 annimmt und den Gesamtbevölkerung aller Länder ebenfalls mit 100 einsetzt, so hat Preußen einen Anteil an der Steuerkraft der Gesamtheit der Länder von 65,8 Proz. bei einem Anteil am Gesamtbevölkerung aller Länder von 52,5 Prozent. Im gleichen Sinne Überflüssigkeit ist Sachsen mit 112 Prozent bzw. 10 Prozent. Dagegen lautet Bayerns Anteil an der Steuerkraft auf nur 8,7 Proz., sein Auf-

wandanteil auf 16,1 Prozent. Auf außerordentlich hohe Verwaltungsstellen im Vergleich zur Bevölkerungsfähigkeit deuten die Siffern für eine Reihe kleinerer Länder. Für Mecklenburg-Schwerin wird beispielsweise mehr als das Dreifache an Reichs- und Landessteuern als für die innerhalb ihres Staatsgebietes eingehenden Einkommenshöchst und niedrigstem Steuerbevölkerung, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ist übrigens innerhalb der preussischen Landesgrenzen noch wesentlich größer als im Gesamtdurchschnitt der einzelnen Länder. Nach den neuesten Nachrechnungen über die im Jahre 1927 pro Kopf eingegangenen Beiträge von Reichs- und Landessteuern erbrachte Preußen mit 299 Mark, das Maximum, während 28 Mark im Bezirk des Landesfinanzamtes Königsberg das Minimum bezeichnen. Der Düsseldorf Bezirk, der die wirtschaftlich schmerzlichste, folgte mit 108 Mark, als zweithöchster Steuerbetrag in Preußen. Den dritten Platz behauptet Kassel (Altverberg, Maschinenindustrie) mit 106 Mark, es schließen sich an Köln mit 72 Mark, Schleswig-Holstein, Magdeburg und Münster mit 69,67 bzw. 66 Mark. Die niedrigen Siffern werden für Preußen in den öffentlichen Landesstellen ausgewiesen. Wir erwähnen bereits Königsberg mit 28 Mark, Oberhessen erbrachte 35 Mark, Stuttgart 42 Mark, und Breslau 52 Mark; zwischen den beiden letztgenannten liegt Brandenburg mit 49 Mark. Die relativ hohen Aufkommen in Preußen, im Westen und in den Mittelgebieten Preußens schaffen also teilweise einen Ausgleich für die Mindererträge in den steuerlich schwächeren östlichen Landesstellen.

Um die Pensionslasten harte Bekämpfungen

Der „Deutsche“, das Organ des Zentrumsabgeordneten Steinhilber, bringt unter der Überschrift: Die Pensionslasten des Reiches und ein durchsichtiger Schwindel! folgende Mitteilung: „Mit Ausnahme des demokratischen Abgeordneten Schmidt-Steglich war man im Ausschuss allgemein der Auffassung, eine weitere Steigerung der Pensionslasten müsse unter allen Umständen vermieden werden.“

Diese tendenziöse Darstellung, die mit den Tatsachen in Widerspruch steht, soll die berechtigten Wünsche des Abgeordneten Schmidt-Steglich gegenüber den Ausschüssen der Zentrumspartei gegenüber dem Reichstag verunglimpfen. Selbstverständlich hat sich der Abgeordnete Schmidt-Steglich nachdrücklich für eine Milderung der Pensionslasten ausgesprochen zur Herabminderung der Pensionslasten ausgeprochen. Er hat sich lediglich gegen die tendenziöse Anknüpfung von Beiträgen von 1,9 Milliarden erreichen gemacht (bei der Beitrags von 1,9 Milliarden erreichen sollen), wenn es sich um die für Jahre bei Beamten handelt. Singsen aber nicht erwähnt, daß der Sozialrat des Reiches über drei Milliarden betrage. Schmidt verbot das auf, daß diese gewiß erheblichen Mittel durch geeignete Maßnahmen unangenehmlich erforderlich sind und nicht weiter als den harten sozialen Sinn deutscher Gesetzgebung dokumentieren. Zur Einschätzung gegen irgendeine Gruppe, ob Arbeiter oder Beamter, eigne sie sich nicht. Demgegenüber hielt es der Abgeordnete Steinhilber für notwendig, zu betonen, daß das Zentrum zur Herabminderung der Pensionslasten Gesetze mit verfassungsverändernder Mehrheit fassen würde. Dabei müsse es sich erheben, welche Parteien wüßten seien, zur Sparmaßnahme beizutreten.

Wir wissen nicht, ob Abgeordneter Steinhilber namens seiner Fraktion oder Partei gesprochen hat. Die Pensionslasten werden aber dieser bemerkenswerten Drohung größte Beachtung zuwenden müssen.

Krach bei den bayerischen Deutschen nationalen

Der „Münchener Post“ sind einige Schriftsätze auf den Tisch gekommen, aus denen hervorgeht, daß die Deutschnationale Landespartei in Bayern vor dem finanziellen Zusammenbrüche steht. Der Landesvorsitzende Hilbert, sein Stellvertreter und der Landesgeschäftsführer sind zurückgetreten, wodurch der Vorstand aktionsunfähig geworden ist. Die Minorität schlägt als Parteivorstand den bisherigen Schatzmeister v. Ziembovitz, den früheren sächsischen Finanzminister Günther hat demgegenüber erklärt, daß die Differenzen sich lediglich auf Fragen der Weisheit und Organisation beziehen, und daß die Weisheit der Parteimitglieder einen „Zweckwechsel nicht für veranlaßt und für politisch unzulässig hält.“

Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion

Württemberg's Beamtengehalt verfassungswidrig eine demokratische Anfrage.

Die demokratische Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders hat nachstehende „Kleine Anfrage“ gestellt:

Die Regierung des Reichslandes Württemberg hat ein neues Beamtengehalt ausgearbeitet. Dieser Gehaltentwurf steht vor, daß vertratete ländliche Beamten in die Höhe der lebenslänglich angestellten Beamten nicht einzuweisen werden dürfen bzw. daß Frauen, die bereits als unfindbare Beamten eingewiesen waren, im Falle ihrer Weiterführung in ein ländliches Angestelltenverhältnis zurückgeführt werden. Die erbetenen Vorarbeiten in Widerspruch Artikel 128, Absatz 2 der Reichsverfassung, so wie die württembergische Regierung auf die Verfassungswidrigkeit der geplanten Gehaltssenkungen aufmerksam gemacht vom 10. Mai 1921, durch welche ähnliche Ausnahmemaßnahmen des bayerischen Volkshallever-Gesetzes vom 1. Januar 1920 Absatz V gegen vertratete Beamtinnen als „nicht vereinbar“ mit Artikel 128 Absatz 2 der Reichsverfassung erklärt worden sind?

Die Beamtenbausparkasse

Von Studiendirektor W. Lohmann-Röhren (Anhalt)

Am Jahre 1920 gründete die organisierte deutsche Beamtenschaft das „Heimstättenamt“, das insgesamt bis heute 1000 Heimstätten erbaut hat.

1925 legte die Beamtenschaft dem Entwurf eines Beamtenbausparkassengesetzes vor, das am 18. Juni 1927 in Reichstags mit großer Mehrheit angenommen wurde. Am 1. Juni 1927 vom Reichspräsidenten verordnet, trat es am 1. Juni 1927 in Kraft. Das Gesetz wurde am 1. Juni 1927 vom Reichspräsidenten verordnet. Es trägt den Namen „Gesetz über die Abtretung von Beamtenbesitz zum Heimstättenbau“.

Zwei Tage nach der Verkündung, am 14. März 1928, freuten die Spitzenorganisationen die Beamtenbausparkassen-Gesellschaft für den deutschen Beamtenstand H. O. Berlin.

Über deutsche Beamte kann behauptet werden, daß sie die Beamtenbausparkasse abtreten. Ist er unversichert, so kann er bis über 130 RM liegenden Einkommens abtreten, wenn er versichert ist, bis zur Hälfte, bei Frau und Kind um 1/2 des übersteigenden Teiles.

Der Beamte kann selbst den monatlich zu sparenden Anteil seines Gehaltes bestimmen. Die Reichsregierung hat am 19. Mai 1928 und Anhalt wie alle deutschen Länder am 17. September die Beamtenbausparkasse als Abtretungsweg anerkannt.

Wer nun von den Beamten sparen will, muß sich an die Beamtenbausparkasse Berlin W. 87, Leipzigerstr. 11, wenden. Zu Auskünften irdenbüchlicher Art ist er verpflichtet als Beamtenbesitzungsbeitrag für Anhalt jederzeit berechtigt.

Die Beamtenbausparkasse gibt unbindbare Darlehen in 4 1/2 Proz. im Falle der Auslösung. Sie darf nach den Bestimmungen keine Ansammlung von Sparwerten vornehmen. Sie hat Sparzeiten von 5, 10, 15, 20 und 25 Jahren eingerichtet. Vom ersten Tage der Sparzeit an trägt der Beamte an der Verlosung teilnehmen. Eine Sparzeit besteht nicht. Die Auslosungen finden vierteljährlich statt. Der Beamte nimmt so lange an den Auslosungen teil, bis er sein gewünschte Darlehen erhalten hat.

Der ausgeloste Beamte ist nicht genötigt, sofort zu zahlen. Er kann sich sein ausgelostes Darlehen zurückstellen lassen und bauen, wenn er will. Eltern, die für ihre Kinder sorgen wollen, tun daher gut, wenn sie sich bei der Beamtenbausparkasse einlassen.

Die eingeparnte Summe ist freies Vermögen des Beamten, er kann damit beginnen, was er will, kann es auch in anderen als Bausparen verwenden.

Das Spargeld wird mit 3 1/2 Proz. Zins und Zinseszins jedem Sparere gutgeschrieben. Nach 15 Jahre lang sparen wird und monatlich 17,05 RM von seinem Gehalte abnimmt, würde bei 3 1/2 Proz. Zins und Zinseszins 4000 RM erhalten, wenn er nicht vorher schon ein entsprechendes Darlehen erhalten hat. Bei 8000 RM. monatlich hat monatlich 34,05 RM. einzusparen.

Bei 600 RM. haben möchte, kann folgende Sparzeiten und monatliche Sparsummen wählen:

Auf 5 Jahre monatlich	91,00 RM.
Auf 10 Jahre monatlich	41,95 RM.
Auf 15 Jahre monatlich	25,55 RM.
Auf 20 Jahre monatlich	17,40 RM.
Auf 25 Jahre monatlich	12,65 RM.

Von hoher Bedeutung ist der von der Beamtenbausparkasse geführte Familienfonds, der durch einen zum Sparere hinüberkommenden Hinterbliebenen-Erbschaftsanspruch erworben wird. Sobald ein Beamter, bevor er ein Darlehen erhalten oder „ausgelost“ ist, dann haben die Hinterbliebenen keine Sparbeiträge mehr zu zahlen und nehmen das an der Auslösung teil und nach Ablauf der Sparzeit erhalten sie das gewünschte Kapital zur freien Verfügung ausgeschüttet.

Der Steinadler

Von Ulrich Kamen.

Im Steirischen war es, vor langer Zeit. Da sah der Jagdmittelhaber Haber einmal auf dem Anstand, frühmorgens, so gegen 4 Uhr, westliche fähig ein lautes Bork auf das Osterfeld von Brummeier und alle dort. Ein Kapitler Bork war es, nicht mehr ganz jung. Aber die Aiden hatten unter ihm zu leben, und er mühte fort. Seine Arbeitserfahrungen begannen mit wachsenden Jahren des späten Geweihs. Ein ganz großer Adel war der Bork.

Und richtig. So gegen 4 Uhr morgens, gerade, als die Sonne im wachsenden Pracht über dem Wölkchen aufging, kam der Bork daher. Er westliche herüber aus einem Kleck, und sah schon gleich gemischt zu sein. Schön sah er aus, und fühlte sich so daheim, mit wachsenden Jahren des späten Geweihs. Da war es, nicht mehr ganz jung. Aber die Aiden hatten unter ihm zu leben, und er mühte fort. Seine Arbeitserfahrungen begannen mit wachsenden Jahren des späten Geweihs. Ein ganz großer Adel war der Bork.

Haber hütete sich hinter das Gebüsch, das vor seinem Anstand stand. Er wollte den Bork natürlich mit der Hand niederlegen. Er klappte die A, es waren vierzig oder fünfzig. Haber und gerade das linke Blatt hielt ihm der Bork hin. Haber aufhäkte seine Wäsche, Knacks! machte der Steirer. — Da rauschte es hoch oben in den Wipfeln der Samen, deren Spitzen von der Morgen Sonne im Wolk gestrand waren. Ein Adler häumte auf! Aber ein so großes Gebüsch, wie es Haber noch niemals gesehen hatte. Denen setzte sich der Bork auf einen Ast, hügte sich hin westliche und hielt Umschau im Land. Braun und gelb war er geweidet.

Haber dackte sich hinter das Gebüsch, das vor seinem

Durch die unbedingte Sicherheit des Beamtenheimstättengesetzes und durch den Familienfonds, den die Beamtenbausparkasse eingerichtet hat, wird es der Beamtenbausparkasse gegen Verpändung der Abtretungsgrechte auch möglich gemacht werden, vorzeitige freie Darlehen — also frei von der Belastung — den Beamten zu beschaffen. Selbstverständlich müssen die vorzeitig erzielten Darlehen, die unabhängig von der Belastung beschaft werden, mit dem marktüblichen Zins verzinst werden. Bereits bis November 1928 haben über zehn deutsche und provinziale Spar- und Darlehensstellen sich bereit erklärt, die Sparere gegen Verpändung der Ansprüche aus den Abtretungsgrechten für ihre Bezirke bei Bereitstellung vorzeitiger Darlehen zu beteiligen. Es geht vorwärts! Die Beamten wollen daran denken, daß die Beamtenbausparkasse sich vor ganz kurzer Zeit gegründet worden ist. Deshalb bestimme man die Beamtenbausparkasse nicht mit Fragen, wann der einzelne schon ein vorzeitig Darlehen gegen den höheren Zins erhalten kann. Die Beamtenbausparkasse bemüht sich, Gelder von dritter Seite herbeizubringen und wird über das Ergebnis früher familiäre Sparere benachteiligen, die bereits bei ihr angemeldet sind, unbedenklamer, ob die betreffenden eine entsprechende Anfrage bereits an die Beamtenbausparkasse gerichtet haben. Voraussetzung dafür, daß ein Beamter ein vorzeitiges Darlehen erhält, ist aber unbedingt, daß er vorher schon als Sparere bei der Beamtenbausparkasse eingetragen ist. Die Beamtenbausparkasse wird, jeder Beamte, der sich der Beamtenbausparkasse anschließt, soll deshalb für die Interessen der anderen auch etwas leisten. Ungezinsliche Bezahlung kleiner oder großer Sparere ist bei der Beamtenbausparkasse ausgeschlossen. Der Verleiher als Vertrauensmann und Beamtenbesitzungsbeitrag für Anhalt ist zu Auskünften über alle diese Fragen gern bereit.

Bis jetzt haben 2 Auslosungen der beteiligten Sparere stattgefunden, am 30. Juni die erste, wobei 88 Heimstätten-darlehen im Betrage von 2000 bis 14000 RM. ausgelost wurden. Die zweite Auslosung fand am 10. November d. ds. statt und brachte 118 Spareren Darlehen in der von ihnen gewünschten Höhe. Die erhaltenen ausgelosten Darlehen müssen von den Spareren mit 4 1/2 Proz. verzinst werden.

Aus Anhalt sind bereits 23 Beamte der Beamtenbausparkasse beigetreten. In habe die Hoffnung, daß auch das anhaltische Staatsministerium wie die Reichs- und andere Staatsbehörden es getan haben, den nächsten Gehaltstafel Anweisung geben werden, die von dem sparenden Beamten zurückbehaltene Summe gleich an die Beamtenbausparkasse abzuführen. Zwei anhaltische Beamte sind bei der 2. Verlosung ausgelost worden.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, wie der Beamte vorzugehen hat, um Mitglied der Beamtenbausparkasse zu werden. Der erste Schritt ist der, daß er das Formular zu einem Spar-Zusammenhang von der Beamtenbausparkasse, Berlin W. 87, Leipzigerstr. 11, anfordert, ausfüllt und der Beamtenbausparkasse einreicht. Gleichzeitig mit der Einreichung des Antragsformulars ist die Aufnahmegebühr auf das Postfachkonto der Beamtenbausparkasse (Konto der Beamtenbausparkasse: Postfachkonto Nr. 25817 Berlin) einzuzahlen mit dem Vermerk: „Aufnahmegebühr des (Name, Stand, Wohnort und Straße)“. Die Aufnahmegebühr beträgt nach § 14 der Spar- und Darlehensbedingungen je 1000 Mark Darlehen 2,50 RM, 3. B. sind für 6000 Mark Kapital 2,50 — 15 RM. Aufnahmegebühr zu zahlen. Die Aufnahmegebühr wird in vollem Betrage zurückgegeben, wenn der Spar-Darlehensantrag von der Beamtenbausparkasse nicht angenommen wird. Sobald der Antrag von der Beamtenbausparkasse angenommen ist, sendet sie dem Sparere eine „Annahme des Spar-Darlehensantrages“ (Heimstättenkarte). Bei Annahme des Spar-Darlehensantrages werden von der Beamtenbausparkasse

kaufe dem Beamten die Formulare für die Abtretungsgerechtigkeitsklärung überreicht mit weiterer genauer Anweisung, was er zu tun hat.

Wer sich genauer über das Heimstättengesetz und die Beamtenbausparkasse einrichten will, dem empfehle ich das Buch von Johannes Labahn „Führer zur Beamtenbausparkasse“ mit einem Kommentar von Regierungsrat Dr. Fritz Benzler oder es fordert die Broschüre „Zur Beamtenbausparkasse“ durch die Beamtenbausparkasse von Jos. Labahn zum Preise von 30 Hg. von Berlin ein.

75 Jahre „Kasseler Tageblatt“

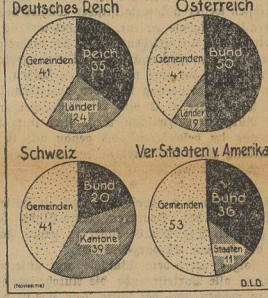
Das in freibildlichen und demokratischen Geist geschaffene „Kasseler Tageblatt“ gibt aus Anlaß seines 75jährigen Bestehens eine ausgezeichnete Sonderausgabe heraus, die neben wertvollen Beiträgen über die Entwicklungsgeschichte Kassels die Glanzpunkte der voranteligen Reichs- und Staatsbehörden und ihrer Vertreter enthält. Reichsjustizminister Erich Koch-Weser, der früher Oberbürgermeister der Stadt Kassel war, schreibt u. a.: „Für mich sind die Kasse 75 Jahre, trotz des bitter erlittenen Jüngergrundes, eine Erinnerung, bei der ich auch deshalb gern verweile, weil sie mich den Wert und die Bedeutung der Kasseler Zeitung in einem großzügigen Gemeinwesen erleben ließ. Wenn, wie mir es ergehen, in absehbarer Zeit der dezentralisierte Einheitsstaat vollendet ist, wird sich der Gedanke der gemeindlichen Selbstverwaltung noch unmitelbar auswirken können. Die Verwaltung der Stadt als Kulturzentrum einer Landstadt wird bleiben. Damit wird auch die Aufgabe der Presse dieser Städte wachsen.“

Haben greift über!

Das hessische Unterrichtsministerium hat einem Professor von der Oberstufe in Forstheim, der sich als Anhänger der Nationalsozialistischen Partei in besonders gehässiger Weise gegen die Republik betätigt, seines Amtes enthoben.

Der Finanzausgleich in Deutschland und im Ausland

Netto-Anteil der einzelnen Körperschaften u. d. der Gesamteinkommen



Der Finanzausgleich in Deutschland und im Ausland.

Bei einem internationalen Vergleich der Finanzausgleichssysteme ergibt sich, daß in Deutschland die Länder 1925 in ihrer Gesamteinkommen-Bedeutung 24 Proz. Einkommenanteil eine Mittelstellung zwischen Österreich und der Schweiz einnehmen, ebenso als das Reich zwischen dem österreichischen Bund und der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Diese Mittelstellung des Reichs entspricht seinem Verhältniß, das gegenüber Österreich kleiner, gegenüber der Schweiz größer ist. Unfallsoll die der große Anteil der Bundesverwaltung an den Einkommensanteilen von den Vereinigten Staaten von Amerika infolge der bedeutenden Währungsausgaben.

der irgendwo aus der Schweiz oder den spanischen Bergen den Weg in sein Nest gefunden hatte.

Drei Tage waren vergangen. Da, es war fünf Uhr früh, hörte der Jagdmittelhaber Haber im Dorfe einen Schuß. Er zog sich zurück und sah die Schäfte. Und mitten auf der der Straße stand der Anecht vom Riffenbauer, mit der Schrotklinge in der Hand, und sagte, daß ihm der Kropf wackelte. Neben ihm lag der Steinadler.

Auf die Beute ist er geschossen!“ gurgelte der Kropf. „Der Maleskiplum, der grauschle.“ Mit dem Kopf nach er abfahren, der Räuber. Aber ich hab' gerad' beim Rindfleisch hinaus' schaut und ihn geseht. Hab' 's Gesehr g'holt und den Vogel erschossen. Da liegt er. Und ich bit' um eine Schußprämie!“

Im Strafenstanz lag der Steinadler. Der fremde Gock, weiß, halt' wober. Haber hob den toten Vogel auf. „Dah!“ sagte der Anecht. „Mein gehört er!“ Aber er verfuhrte vor dem Blick des Jägers.

Der Steinadler bekam seinen Platz in den Kistchen des Ortsvorstehers. Der Jäger strammführte, der ein guter Anstifter war, hatte ihn schon hergeschickt, die Schlingen geöffnet, mit den Glatzen aus das Bild des Kaisers Ferdinand harrten.

Der Heshoh westliche noch acht Tage auf den letzten Hofes und Kisterbergen umher. Einmal frisch hoch oben in der Luft ein großer Vogel. Es mochte das Weibchen des Steinadlers sein, das ihr Wutungen jagte. Aber westliche war es auch nur ein Wutender. Nebenfalls bergab der Bork, daß er erst zum Schluß sei und aufstehen hatte, nicht in die Wälder zu gehen. Ihr harte der Wutendes mit einer Schrotladung. Es war nicht einmal richtiges Schrot, sondern ein verhasstes Weiruch, das der Sebastian Koberknecht dem Heshoh geschossen hatte.

Der Jagdmittelhaber Haber sagte gar nichts. Nicht einen Ton sagte er. Er als Jäger fühlte eine innerliche Freude über das Erlebnis und über den Verlauf des Gases.

Bezirk Halle

Demokratischer Sieg bei Stadtverordnetenwahlen

Die bürgerliche Einheitsliste verliert 3 Sitze.

Halle. In den Gemeinden, in denen am 2. Dezember die Wahl der Stadtverordneten erfolgte, gehört auch Eisenach. Der Ausgang der Wahl ist auch für Halle schon deshalb bemerkenswert, weil auch in Eisenach analog den bei uns seit längerer Zeit herobereinigten Verhältnissen eine sogenannte bürgerliche Einheitsliste aufgestellt war, die nicht nur die rechtsstehenden Parteien, sondern auch den Stahlhelm und nachlos durcheinander gewirbelte Wirtschaftsprüfung umfaßte. Das Wahlergebnis ist, wie gesagt, bezeichnend. Denn die Demokraten, die ein Zusammengehen mit Stahlhelm, rechtsstehenden Parteien und deren wirtschaftlichen Anhängern auf einer sogenannten bürgerlichen Einheitsliste ablehnten, vielmehr eine eigene demokratische Liste aufstellten, haben ihre Stimmen um über 100% erhöhen können und gingen anstelle der bisher innegehabten zwei Mandate mit fünf Mandaten aus der Wahl hervor. Dagegen büßte die bürgerliche Einheitsliste über 2000 Stimmen ein und verlor drei Sitze.

Dieser demokratische Wahlsieg ist umso höher zu bewerten, da gleichzeitig die Sozialdemokraten sich in ihrem bisherigen Besitze nur gerade bewahren konnten, trotzdem gerade sie die größten Hoffnungen auf einen Wahlerfolg gemacht hatte. Mit den bisherigen Sitzen der Sozialdemokraten bilden die fünf demokratischen Stadtverordneten eine glatte republikanische Mehrheit im Stadtparlament. Sie werden von jetzt ab also nicht mehr das Jünglein an der Waage, vielmehr eine breite, wahrhaft ausgleichende und aufbauende Mitte bilden und Gemeindepolitik auf klarer republikanischer Grundlage durchführen können.

Man vergleiche mit vorstehendem Eisenacher Wahlergebnis einmal unsere Verhältnisse in Halle. Auch hier machen sich die Sozialdemokraten starke Hoffnungen auf Verbesserung ihrer Mandate bei kommenden Neuwahlen, wenn sie nur mit einer sogenannten bürgerlichen Einheitsliste gegen sich zu rechnen haben. Und auch wir will man auf der Einheitsliste neben den Parteien auch Stahlhelm, Wehrmacht usw. und alle möglichen wirtschaftlichen Interessengruppen aufmarschieren lassen. Geht es nicht, dann ist damit den Interessierten weiter nichts als ein Scheitern des Bürgerturns am allerersten Abend. Auch bei uns ist in diesen Streichen eine starke Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik des sogenannten „Räterläufigen Ordnungsblocks“ vorhanden, und auch bei uns muß alles geschehen, um diese Streiche in ihrer Verankerung mit der Sozialdemokratie zu durchbrechen. Dazu wäre u. E. eine zeitliche Scheidung innerhalb des Bürgerturns zwischen rechts und links stehenden Parteien und in besonderer auch genau wie in Eisenach die Auffassung einer selbständigen demokratischen Liste ein durchaus geeignetes Mittel.

Halle. (Achtung! Autofahrer!) Auch in Halle hat sich eine Ortsgruppe des Deutschen Auto-Clubs (abgekürzt D.A.C.) gebildet. Der D.A.C. führt in seiner Fahne und Plakette die Farben Schwarz-Rot-Gold.

Wie folgen gern dem Wunsch aus unserem Vortrage, hierauf alle Parteifreunde, die Autobesitzer sind, aufmerksam zu machen, mit der Bitte, den D.A.C. durch ihre Beitrittserklärung zu fördern. — Aufnahme-Anträge können direkt an den Vorstand der Aufnahmecommission des D.A.C., Herrn Reichsmann Dr. Penzner, hier, Leipziger Str. 53, gerichtet werden.

Hütet die Augen Eurer Kinder!

Von San.-Rat Dr. C. Wegmann, Hildesheim.

Ist es schon bedauerlich, wenn ein Auge infolge eines Kranheitsprozesses seine Sehkraft einbüßt, so ist der Verlust eines an und für sich gesunden Auges durch plötzliches Eintreten eines Unglücksfalles noch bedrückender. Jährlich fällt eine große Anzahl Augen solchen Unfällen zum Opfer. Die meisten dieser Unfälle entstehen bei der Tätigkeit in industriellen Betrieben. Leider ist der Anteil, der ausschließlich von der Jugend, nicht selten Leisigern und Neugierigen, oder auch Unachtsamen selbst des Eltern und des Betriebspersonals tragen die Schuld daran.

Die meisten Verletzungen im Kindesalter kommen durch spitze oder scharfe Gegenstände zustande, wie sie im Haushalt gebraucht werden. Die Kinder eignen sie sich entweder unbefugterweise an oder haben sie bei Verletzungen des täglichen Lebens im Gebrauch. An erster unheilvoller Stelle steht die Gabel. Bei unvorsichtigem Bissen mit derselben in der Hand, beim Fallen, Kaufen sowie auch beim Ausstoßen kindlicher Meinungsäußerungen, wenn die Gabel nicht vorsichtig hingehalten wird, passiert das meiste Unglück. Dringen die Zinken in den Augapfel hinein, so kommt ausnahmslos eine schwere Verletzung zustande. In der Regel muß das verletzte Auge nach kurzer Zeit entfernt werden, soll nicht das gesunde Schaden leiden und eventuell erblinden. Der zweite Lebelidat ist das Taschenmesser, das für jeden Junge besitzt; seltener entstehen Unfälle durch Umgang mit Scheren, Nadeln und Bandenwerkzeugen.

Als lehrreiches Beispiel sei das folgende angeführt: Vor einem Jahr wird mir ein vierjähriger Knabe mit einer Augenverletzung gebracht. Er hatte mit einem Hammer auf den Innenbock seines Vaters geschlagen. Hierbei war ein Splitter vom Hammer ihm in den Augapfel geflogen. Es gelang zwar mit Hilfe des Weizenmagneten, den Fremdkörper sofort zu entfernen, nach längerer Zeit erblindete das Auge jedoch an Nebentatbeständen. Gefährliche Unfallträger sind auch Drehtischen, wie sie beim Backen benutzt werden, sowie Sprungfedern.

Eine dieselbe geübte Unfälle ist es, zum Öffnen eines Anstons an einem verrosteten Hufeisen, oder was noch häufiger passiert, am Schraubendeckel einer Gasflasche oder Schere zu benutzen. Wenn die Spitze, wie es meistens nicht nur einmal geschieht, obrüchsig, trifft sie nicht selten ein Auge. In der Schule sind die Schreibstiftchen, Griffel, Bleistift sowie Stahlfedern die gefährlichsten Instrumente, mit denen das Kind sich und seiner Umgebung

Halle. („Republikanischer Frauenbund“) Sonntag, den 18. d. M., findet in Reideburg (Helf. Nachtigal) unsere Weihnachtsfeier statt. Anfang 2 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

Halle. Wie das Volksblatt schwindelt! In der Montagsausgabe vom 10. 12. (Nr. 289) kritisierte das Volksblatt die Protestaktionen, die von den sogenannten Vaterländischen Verbänden und ähnlichen Gruppen gegen den vom Magistrat veranlaßten Abbruch des Bismard Denkmals an der Berggasse erfolgt sind. In gleicher Weise habe auch, so schrieb das Volksblatt, die Fraktion des Ordnungsblocks scharfen Widerspruch erhoben und an diesem Widerspruch hätten sich auch die Demokraten und unter diesen wieder am mächtigsten der Demokrat Wimmer beteiligt. — Sobiel Worte, sowie! Herr Wimmer hat an der betreffenden Sitzung des Ordnungsblocks überhaupt nicht teilgenommen und auch die anderen demokratischen Stadtverordneten hatten die Sitzung längst verlassen, als über das Bismarddenkmal geredet wurde. Daß dem so ist, weiß das Volksblatt ganz genau. Trotzdem schwindelt es darauf los, um den fünf Demokraten eins aufzufangen.

Halle. Im Rahmen einer Veranstaltung des Republikanischen Studentenbundes und des Bundes freier Akademiker spricht am 15. Dezember abends 8.30 Uhr i. t. im Nikolaus (Hilfslotterie) Minister Dr. Schreiber über „Die deutsche Wirtschaft im 5. Reparationsjahr“. Parteimitglieder der D.D.P. sind herzlich eingeladen. Als Ausweis gilt die Mitgliedskarte. Der Vorstand des R.S.B. ges. Voedels.

Eisenburg. Zum 7. Dezember hatte die hiesige Ortsgruppe der D.D.P. zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Der Parteifreund Dr. Wiegand sprach über „Das Geheimnis des Danesplanes“. Es wurde die Entwicklung des Reparationsproblems und seine innere Verbindung mit der internationalen Kriegserziehung geschildert. Dem durch Lichtbilder illustrierten Vortrag folgte eine lebhafte, sachliche Aussprache, in der die Verbundenheit des deutschen Volkes über die reinen Klassen- und Standesinteressen hinaus zum Ausdruck kam.

Eisenach. Am Sonnabend fand in Eisenach die letzte Monatsversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei in diesem Jahre statt. Der zweite Parteifreund des Bezirkes Halle-Merseburg, Dr. Wiegand, war für einen Vortrag „Das Geheimnis des Danesplanes“ gewonnen worden. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Parteifreunde und Gäste durch Herrn Klein, ergriff Dr. Wiegand das Wort. Vom Waffenstillstand 1918 ausgehend, führte er die Zufolge durch die Notzeit des Volkes nach dem Kriege, gab ein Bild der Entwicklung der Reparationsfrage bis zur Entschcheidung des Danesplanes, der das erste Zeichen des kommenden Sieges der wirtschaftlichen Besserung über die politische Unvernunft ist. Eingehend behandelte er dann die Fragen: Was enthält der Plan? Warum ist seine Durchführbarkeit unmöglich? und welche Leistungen ist Deutschland in Zukunft zu tragen imstande? Natürlich ist sich jeder in Deutschland klar, daß der Plan in seiner heutigen Fassung undurchführbar ist, was es uns doch nur durch eine ausgedehnte Anleihepolitik möglich, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Deshalb drängt die Reichsregierung und mit ihr einige Persönlichkeiten des In- und Auslandes auf die Einberufung einer Sachverständigenkommission zur endgültigen Regelung der deutschen Leistungen. Fest steht, daß man uns nur soviel auflegen kann, als wir ohne Gefährdung der eigenen, sowie der europäischen und Weltwirtschaft zu tragen imstande sind. Die Frage der deutschen Zahlungen ist untrennbar verknüpft mit der Schuldfrage aller ehemaligen kriegführenden Länder. Die Lösung des ersten Problems ist nur möglich, bei gleichzeitiger Regelung des zweiten.

schaden kann. Auch hier passiert das Unglück meist bei unvorsichtsmäßigen Verhalten der Kinder, bei Schieberien, Prügeleien und sonstigen Ausbrüchen jugendlichen Uebermutes. Abgebrochene Stahlfedern habe ich einige Male in meiner Praxis aus der Lederhaut entfernen müssen. Von besonderer Gefährlichkeit ist der Stenogramm. Welch ein absonderliches Ding! Ein Stenogramm, so kann es bei Bewegungen entstehen. — Beim kindlichen Spiel werden die Augen durch Schlägen und Stößen mit Steinen, durch Werfen mit harten Gegenständen, Steinen, hartem Holz, auch hartgedrückten Schneebällen in Gefahr gebracht. Besonders gefährlich sind begriffliche Spiele der Schiefeninstrumente. Als die Klammer nach Wunde war, kamen wiederholt Verletzungen mit ihr vor. In ihre Stelle ist die Deutsche Pistole und das Luftgewehr getreten. Auch die sogenannte Zwillie darf nicht vergessen werden, ein ganz besonders gefährliches Instrument.

Besonderen Gefahren ist das Auge ausgesetzt, wenn die Kinder sich Explosionsstoffe zu verschaffen wissen und damit aus Neugierde oder aus Streben am Knallseife experimentieren. Mit Vorsicht werden Kindhütchen durch Aufhängen mit einem Hammer oder Stein zum Knallen gebracht. Hierbei werden aber Kupfersplitter fortgeschleudert. Bringt ein solcher in den Augapfel, so ist er unrettbar verloren, da der Splitter nicht, wie ein eiserner, mittels Magneten entfernt werden kann. Schon viele kindliche Augen sind durch diese gefährliche Spielerei verloren gegangen. Besonders gilt für das Spiel mit Pulver oder Feuerwerkskörpern. Ritterschiffchen, Verlockungen entstehen bei einer anderen Spielerei, auf die die Kinder auch kommen. Es besteht darin, ungelösten Kalk oder Karbid in eine Flasche zu tun, dann Wasser aufzufüllen und zuzusetzen. Die Scherben der explodierenden Flasche nicht allein, sondern auch der umherfliegende Leuchtstoff können sogar beide Augen gefährden. Besonders verhängnisvoll sind die Verletzungen durch Scherben. Verletzungen, die auf heilbarer Art eingetreten sind, könnte ich viel Traurigeres berichten.

Auch im Verkehr mit Tieren ist Vorsicht für die Augen am Plage. Unter den Hausstieren sind es die Stiegen, die mit ihren Krallen gelegentlich Unheil anrichten können, wenn sie dem Gesicht zu nahe kommen. Sich in acht zu nehmen, gilt es auch vor grünen Hühnern, z. B. Papageien, Gans etc. In der einzigen Schänke am Saft mit ihrem vierjährigen Sohne in meine Sprechstunde, den ein müderer Sohn ins Auge gebracht hatte. Gelegentlich ist beim Betrachten oder Ausnehmen von Wellen Unglück passiert, wenn die erstrahlenden oder angestrichelten Bögel mit Schnäbel oder Krallen ins Gesicht stoßen. In der Literatur ist ein

Jeder Demokrat

schließt sich der Deutschen Demokratischen Partei an

Anmeldung:

Halle, Große Brauhausstraße 30.

Wissen wir, daß die künftige Sachverständigenkommission ganze Kraft einsetzt, endlich eine Befriedigung aller europäischen Völker herbeizuführen.

Wichtig! In der am Mittwoch, in Herrmanns-Garten abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter, Reichsminister Dr. Kallz, über „Stijische und kommunalpolitische Steuerfragen.“ Redner tonnte, daß an den meisten Stellen des Staates und Wirtschaft die Bedeutung des Wortes „die Gemeinde ist kein und die Wurzel des Staates“ noch immer nicht erkannt werde, und trat gleichzeitig der irigen Meinung, daß Gemeinden sich durch die Inflation entlastet hätten, gegen. Im Vergleich zur Kriegszeit sind die Ausgaben gewaltig gestiegen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Ländern der Siegerstaaten. Die Mehrausgaben Gemeinden sind durch die zwangsläufigen Ausgaben, von ihnen vom Reiche zugehoben worden sind, und für we Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden, verursacht. Deshalb sind die Gemeinden genötigt, um die Mittel zu schaffen, die Realsteuern zu erhöhen. Die Mehrausgaben Gemeinden ist jetzt nicht mehr in der Lage, ihren Haushaltsplan in Ordnung zu bringen, da bei dem jetzigen nanzausgleich niemand vorher sagen kann, was an Leistungen zu erwarten ist. Es muß deshalb ein gerade die reichen und armen Gemeinden berücksichtigender Finanz ausgleich gefordert werden. Desgleichen muß dem Gemeindeglied das Zuschlagsrecht zur Entkommen- und Realsteuern gegeben werden. Aber auch äußerste Sparmaßnahmen greifen. Erparnisse müssen in Reich, Staat und Gemeindefinanz durchgeföhrt werden. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an. Nach einem Schlußwort des Referenten ist der Vorsitzende, Lehrer Schneider, mit Worten des Dank an den Redner die anregende Versammlung.

Der Deutsche Rundfunk

— weitersagen! — ist führend in allen Rundfunkfragen

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2,- / Man bestell mit Postamt oder Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle. Druck: Buchdruckerei Behner & Co., G. m. b. H., Dessau Poststraße 9.

besitzbesitzlicher sehr trauriger Fall berichten: Ein junger Landmann kommt bei der Beschäftigung seiner Schafherde ahnungslos einem Gullennetz zu nahe. Der wühlende Vogel fährt ihm ins Gesicht und zerkratzt mit den Fingern beidseits beide Augen, daß Erblindung eintritt.

Es ist Pflicht der Eltern und Erzieher, hier frühzeitig mit Rat und Tat vorzubeugen. Kleinen Kindern muß, um eigenem schmerzhaftem Leid, jedes gefährliche Instrument ferngehalten werden. Bei älteren Kindern ist die Erwachsenen eine Ermahnung und Hinweis auf die mangelnde Gefahren, die innerhalb und außerhalb des Hauses dem Augensicht drohen, nicht fehlen lassen. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß die Kinder beim Laufen, Spielen und ähnlichen körperverzehrenden kein gefährliches Instrument in der Hand haben. Besonders sei hier vor der Gabel gewarnt. Nur so werden wir den Augenverletzungen des Jugendalters Einhalt gebieten können.

Die Elektrisierung der Reichsbahn



Die Elektrisierung der Reichsbahn begann im Jahre 1922. Bisier sind 1550 Kilometer, also drei Prozent der Gesamtlänge des deutschen Streckennetzes, elektrifiziert. Davon befinden sich 700 Kilometer in Bayern, 350 Kilometer in Sachsen, 200 Kilometer in Mitteldeutschland (Halle-Weißig-Magdeburg), hinzu kommen 240 Kilometer für die Berliner Stadt-, Ring- und S-Bahnlinien, wo die Betriebsumstellung aber noch nicht beendet ist.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, Höhere Gewalt und Verleumdung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Dr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Dr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Wagenzeichen: Die des Schriftleiters
Wagenzeichen: Die des Schriftleiters
Wagenzeichen: Die des Schriftleiters

Nummer 50

Halle, 15. Dezember 1928

4. Jahrgang

Auf der Suche nach Formeln

Die Außenpolitik hat sich gründlich festgesetzt. Eine Ueberprüfung bietet das nicht. Seit England und Frankreich das geheime Marineabkommen vereinbarten, von dem nur dieser eine Teil, der sich auf die Seezürichung bezieht, bekannt geworden ist, hat die europäische Lage eine gründliche Veränderung erfahren. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung in England und dem lebhaften Widerspruch Amerikas und Italiens, ist das Abkommen selbst gefallen. Die Gespräche aber, die damit verflochten waren, sind offenbar geblieben. Die Behauptungen Pariser Blätter über weitgehende Unterfertigung der französischen Auffassung in den gerade Deutschland beschäftigten Fragen ist bisher von London aus nicht bestritten worden. Im Gegenteil, die Erklärung Chamberlains im Unterhaus und die nachfolgenden durch Unterstaatssekretär Loffer Lampton und Lord Dalrymple haben den Eindruck nur verstärkt, daß die Groß-Britannien vollkommen in das französische Fahrwasser geraten ist. Unter diesen Umständen bestand von vornherein wenig Hoffnung, daß Lugano ein Ergebnis zeitigen wird. Die ersten Meinungen über die Unterhaltungen der Staatsmänner sind jedenfalls nicht dazu angehen, unsere Befürchtungen zu zerstreuen. Trotzdem wird man zugetrauen müssen, daß es durchaus richtig war, wenn Stresemann diese Begegnung mit den Kollegen suchte. Einmal ist jede persönliche Maßnahme geeignet, wenigstens die Unmöglichkeit zu verweisen, inwieweit erscheint es unter den gegenwärtigen Umständen inwiefern nicht, eine Artung herbeizuführen.

Die Räumungsfrage

Wir sind über die Unterhaltungen in Lugano beinahe ausschließlich auf die ausländische Presse angewiesen, da von deutscher Seite das vereinbarte Stillschweigen peinlich innegehalten wird. Wahrscheinlich hat sich auch Brand an die Verpflichtung gehalten. Das hindert aber nicht, daß die Pariser Presse und sogar die Habas-Agentur, deren halbamtlicher Charakter bekannt ist, allerlei Wichtigkeiten verbreiten. Stresemann hat sie in Lugano als Phantasiegebilde bezeichnet. Das mag zutreffen. Man braucht nichts für bare Münze zu nehmen. Wenigstens aber stimmt, daß hier eine ganz bewußte Propaganda vorliegt, deren Ziele nicht zweifelhaft sein können. Man will Stimmung gegen Deutschland schaffen, was auch dank unserer Unfähigkeit bestenfalls gelingt. Die Technik der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland haben wir noch immer nicht gelernt, und wundern uns dann, wenn die Folgen für uns so unerfreulich werden. Besonders gilt das von der Räumungsfrage. Nach den Erklärungen in den beiden englischen Parlamenten, die jetzt völlig auf die französische These eingestellt sind, ist die für uns ausschlaggebende Frage auf ein einziges Ziel festgesetzt worden. Es hat gar keinen Zweck, darüber hinweg zu schweifen. Sicherlich hat Stresemann Chamberlain daraufhin zur Rede gestellt. Eine Einigung ist aber bestimmt nicht erzielt worden, sonst hätten die Communiqués einen anderen Wortlaut gehabt. Wir sind also dort wieder angelangt, wo wir vor der letzten Rückübertragung in Genf standen. Der tatsächliche Erfolg Hermann Müllers, der den Zusammenhang zwischen Räumung und Reparation geschnitten, ist beiseite. Ganz gleich wie sich die weitere Entwicklung vollzieht, haben wir damit zu rechnen, daß zummindestens praktisch die Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes vorangehen, und daß von ihrem Erfolge Fortschritt in der Rheinlandsfrage abhängen. Man muß natürlich zugeben, daß Deutschland nichts dagegen unternehmen konnte, soweit es sich um die diplomatische Regelung handelt. Aber der Kampf gegen die bewußte falsche Auslegung des Artikels 431 hätte mit ganz anderer Energie geführt werden müssen, schon um bei einem Scheitern der Verhandlungen die Schuld den beiden Westmächten aufzubürden, die sich rücksichtslos über ihre eigenen Verpflichtungen hinwegsetzen.

Artikel 431

Wir haben an dieser Stelle vor einer Woche den Sinn dieses Artikels behandelt, der vollkommen in der Luft stehen würde, wenn die von Chamberlain beliebte Ausdeutung richtig wäre. Er gibt Deutschland ein moralisches Recht auf die vorzeitige Vereinerung seiner Gebiete. London und Paris befreiten das, ohne uns fragen zu können, wozu dann die Arbeiter des Versailler Vertrages ihn überhaupt hineingestellt haben. Wenn Lugano so abschließt, wie wir es erwarten müssen, sollte man in Deutschland einmal den Mut aufbringen, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes anzunehmen, das ja gerade für solche Fragen zuständig ist. Dann würde sich sehr schnell zeigen, ob neutrale Parteien die Erklärungen des britischen Außenministers unterstützen können. Selbst wenn das der Fall sein sollte, was wir nicht glauben, wäre unsere Lage auch nicht verschlechtert. Bejahen sie aber den deutschen Standpunkt, so

wäre damit eine Waffe geschmiedet, die man schon benutzen könnte. Auf keinen Fall aber soll man in die Sachverständigenkonferenz hineingehen ohne bindende Zusicherungen über die Räumung zu erlangen, lieber ein deutsches Nein. Wir sind uns der Folgen sehr wohl bewußt, befürchten aber, daß auch so eine Revision des Dawesplanes, wie sie im besten Falle zu erlangen ist, den deutschen Wünschen in keiner Hinsicht genügt. Darauf müssen wir uns gefaßt machen.

Die Reparationen

Nach geben die Verhandlungen zwischen dem deutschen Vorkaufmann von Herzog und Herrn Boicard hin und her. Eine Einigung ist bis zur Stunde nicht erzielt worden. Das von der deutschen Vorkaufmann ausgehende Communiqué läßt keine anderen Rückschlüsse zu. Deshalb müssen wir auch die Meinungen des Temps über eine Verhandlung mit einer ganzen Reihe von Franzosen versehen. Dieses Blatt zeigt nicht weniger als acht Punkte auf, von denen allerdings einige ohne weiteres als richtig angesehen werden dürfen. So die Ernennung unabhängiger Sachverständiger und zwar von je zwei für ein Land, ferner das Recht der Regierungen in voller Freiheit über die Gutachten der Sachverständigen zu entscheiden, die Einberufung des Ausschusses nach Paris und anderes mehr. Was uns jedoch sehr unangenehm dünkt, ist die Einladung der Vereinigten Staaten durch die Reps. Dagegen hatte man sich in Berlin bisher immer getraut. Wir nehmen auch bis zum Beweise des Gegenteils an, daß Deutschland darauf besteht, diese Einladung mitzunterzeichnen. Sonst träte eine Verletzung ein, bei sich sehr leicht zu unseren Ungunsten auswirken kann. Ganz unmöglich aber ist die vom Temps behauptete Festlegung des Arbeitsprogramms. Danach sollen die Sachverständigen die Zahl der Anuitäten bestimmen und einen Modus für die Kapitalisierung der deutschen Schuld finden. Von einer Herabsetzung der Jahresleistung selbst ist hier überhaupt keine Rede. Würde die Mitteilung richtig, so wäre man besser, die Konferenz überhaupt nicht zu besichtigen, denn dann können wir gar nicht mehr hoffen, eine wirkliche Entlastung unseres Etats zu erreichen, die doch Ausgangspunkt der ganzen Erörterungen wäre.

Italien und Deutschland

Der italienische Unterstaatssekretär Grandi, der wiederholt als Vertrauensmann Mussolinis auf internationalen Konferenzen erschienen ist, hat auch in Lugano ein Gesichtspunkt gegeben. Mancherlei ist dabei zweifellos besprochen worden. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß seine Unterredung mit Chamberlain Mittelmeerfragen auf, die für den europäischen Frieden immer etwas kritischer an sich haben. Der Gegensatz zwischen den beiden lateinischen Schwelern wirkt sich dort am ungehindertesten aus. Daneben erfordert seine Begegnung mit Stresemann, sehr ernste Beachtung. Wenn man dem Berliner Lokal-Anzeiger glauben darf, der allerdings eine eigene Politik treibt im Sinne des Herrn Hugenberg, hat sich Grandi dabei um eine deutsch-italienische Annäherung bemüht. Ganz von der Hand weisen läßt sich das nicht. Man könnte sogar sagen, es liegt in der Luft. Die englisch-französischen Abmachungen richten sich ja gegen beide Länder in gleichem Maße. Auch sind sie in vieler Hinsicht auf demselben Wege. Positiv und negativ. Es wäre daher schon denkbar, daß Italien uns volle Unterstützung in den Reparationsfragen angeboten haben soll, wenn wir zum Austausch dafür im Völkerbunde mit ihm eine Übereinstimmung erzielen. Nur sind wir nicht unbedarft, weil wir die Tätigkeit Mussolinis niemals voll einschätzen können. Eine gewisse Vorsicht ist daher geboten. Das hindert aber nicht, die italienische Trumpfpartie in der Hinterhand zu behalten genau wie die Russen. Entscheidend für uns aber wird angelehnt der ganzen Lage unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten bleiben. Berücksichtigt man diese Möglichkeiten, dann wird man vielleicht ein Mißverhältnis in Lugano oder auf der Sachverständigenkonferenz in Paris etwas gelassener gegenübersehen.

Die Krise im Zentrum

Der Vorgang auf dem kürzeren Parteitag des Zentrums ist ohne Beispiel in der Geschichte dieser Partei, die bisher allen Anfechtungen gegenüber am widerstandsfähigsten gewesen ist. Der Zentrumsrat hat zwar öfter Kritik gezeigt, aber immer haben sich zur rechten Zeit Baumeyer gefunden, die den nötigen Mut mitbrachten. Diesmal ist er schwer erkrankt worden. Und, was das Auffällige ist, man hat nicht einmal versucht, diesen gefährdenden Zustand zu verheimlichen. Gemäß hat man sich wieder auf die katholische Weltanschauung zurückgezogen und deshalb in dem Prälaten Kaas aus Trier den Verfallenden gewollt.

Das ist deutlich. Nur darf man sich nicht darüber täuschen, daß es sich hier um eine bezweifelnde Anstrengung handelt, der inneren Schwermütigkeit Herr zu werden. Die Ansichten dafür sind nicht einmal groß. Die Gewerkschaften haben eine schwere Niederlage erlitten. Ihr Führer Siegenwald unterlag gegen eine überwältigende Mehrheit. Zum Teil durch eigene Schuld. Leicht zu behandeln ist er nicht, denn er bringt einen unverfälschten Maschinenstil mit. Das hat ihm gefehlt. Die Trennung hat ihn wegen seiner Forderung, Partei und Fraktion zugleich in die Hand zu bekommen, scharf angegriffen. Seine Antwort ist ungeschicklich groß. Voraussichtlich wird das Zentrum an ihr noch sehr zu würgen haben. Auch das er von einem Wiedergang der Parteien so offen spricht, gibt zu denken. Den zweiten Fehler beging Joos, seinen Ansichten an die Spitze zu gelangen, was waren, bis er mit dem unmöglichen Vorschlag kam, ein Direktorium einzuführen. Nun fiel auch er. Sonst hat Kaas nichts gebracht. Die inneren Strömungen verhindern, daß man sich überhaupt über Politik ausspricht. Wahrscheinlich beginnt erst der Kampf. In parlamentarischen Kreisen glaubt man bereits eine starke Annäherung zwischen den kritischen Gewerkschaften und den Sozialdemokraten feststellen zu können. Hier verbergen sich nicht nur Gefahren für das Zentrum, sondern für die deutsche Politik überhaupt. Eine Trennung der Nation in die Arbeiter- und Arbeiterpartei müßte verhängnisvoll werden, da es heute keine widerstandsfähige Mitte mehr gibt. Dieses Problem wird uns voraussichtlich noch lange beschäftigen.

Hugenbergs Sieg

Man muß es dem Geheimen Finanzrat lassen. Er hat auf dem deutschen nationalen Parteitag ganze Arbeit getan. Zwar sind die gemäßigten Elemente im Vorstand geblieben, aber was neu hinzugefügt wurde, zeigt sich ausschließlich aus Anhängern Hugenbergs zusammen. Bang, Linaas, Graf Wehr und Freitag-Korringhofen gehören zu den radikalsten Mitgliedern der Partei. Hugenberg ist heute seines Vorstandes sicher. Auch die Sitzungsänderungen bedeuten eine Stärkung seiner Herrschaft. Er kann jetzt nahezu unumschränkt regieren. Der linke Flügel das auf die Dauer ausschlaggebend hindern wird, bleibt abzuwarten. Das Organ des jugendlichen Erbes glaubt, nähere Angaben über die Opposition machen zu können, die unter Führung Seibles und Bergts stehen sollen. Ist das richtig, was wir wiederholt behauptet haben, dann ist damit die Partei hat immerhin das große Ziel erreicht, sich mit freier Hand schon in der Lage zu befinden, die Deutschen zu stellen. Die meisten lassen sich einem Schicksal widersetzen würde, die Welt würde die Partei.



der Regierung trägt sich jetzt, wenn er nicht die deutsche Partei in der Hand findet, um die Parteien immer noch weiter zu führen.

„Sie wenden jedes Mittel an, Sie es auch noch so schlimm, Die Tüchtigen der freien Bahn Nachzulassen, herrschbegierig. Das Deutschland unterm Schweißteufel Als Was versfällt den Geiern. Deswegen trügen sie noch gern Das letzte Völlwerk: Bayern“

In dieser gewöhnlichen und geflohen Tonart geht es weiter. Von „neubürgerlicher Niedertracht“, von „Ganz Deutschland im Schweißteufel verkommen und verfinstert“ und von „beschnittenen Händen“ wird gebildet, daß das Grauen über einen kommt.